

Dr. Schröter: Offener Brief an Wolfgang Schäuble



Offener Brief von Islamkritikerin Dr. Hiltrud Schröter (Foto, Quelle: Etzel's Weblog) an Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble bezüglich dreier Islamkonferenzen. Schröter kritisiert insbesondere die Unwissenheit deutscher Führungskreise über die schleichende Islamisierung Deutschlands sowie die mangelnde Unterstützung für die Widerstandsbemühungen gegen den Islam.

(Gastbeitrag von Dr. Hiltrud Schröter)

Sehr geehrter Herr Minister!

Im folgenden Text geht es um drei für die Zukunft Deutschlands bedeutsame Veranstaltungen zum Islam in Wissenschaft und Politik und das Verhalten des BMI dazu.

1.) „Das Symposium wird gefördert von BMI und DITIB.“

So verkündete es ein großes Plakat in der Frankfurter Universität. Als förderungswürdig wurde die dreitägige Veranstaltung „Koranwissenschaften heute. Genese, Exegese, Hermeneutik, Ästhetik“ befunden, die vom 5.-7. Juni 2008 von der Gesellschaft zur Förderung der Islamstudien e.V. (GEFIS) und der Stiftungsprofessur Islamische Religion im Fachbereich Evangelische Theologie veranstaltet wurde. Prof. Dr. Steinberg, Präsident der Universität eröffnete das Symposium mit anerkennenden Worten. Was das Thema versprach, wurde in keiner Weise geboten. Immer wieder wurde zwar betont, der Koran sei ein Text – aber wer hätte das nicht längst gewusst. Auf methodische Erschließung bzw. Rekonstruktion seiner

Bedeutung warteten die Gäste, die für ihre Teilnahme 30 Euro bezahlt hatten, vergebens. Kein einziger Satz des Korans wurde analysiert und kein methodisch erarbeitetes Ergebnis vorgelegt, auch nicht, nachdem der Jesuit Prof. Dr. Christian Troll geduldig um die Präsentation von wenigstens einem Beispiel bat. Zuvor hatte er in der Eröffnungsphase wohlwollend über den „christlich-muslimischen Dialog auf universitärer Ebene“ referiert. Wie sein Jesuiten-Kollege Dr. Felix Körner, zur Zeit Universität Ankara, demnächst an der Gregoriana in Rom, der sinniger Weise über „Grenzüberschreitungen der türkischen Koranhermeneutik“ referiert hatte, verließ er frustriert über die pseudowissenschaftlichen Beiträge zur Hermeneutik vorzeitig die Veranstaltung. Die muslimischen türkischen Männer hatten forschungsmethodisch absolut nichts zu bieten. Vorträge von muslimischen Frauen gab es keine. Sie präsentierten das Kopftuch und zeigten perfekte Leistung beim Anbieten von Kaffee, Tee und Gebäck. Deutlich erkennbar waren die Unterwanderung der Universität durch DITIB, die Wiederkehr des Patriarchalismus und die Förderung der Islamisierung Deutschlands durch die Politik.

2.) Nicht gefördert durch das BMI

Nicht gefördert aber inhaltlich hervorragend war die vom 31. Mai bis 1. Juni 2008 in der Kölner Universität veranstaltete und international besetzte „Kritische Islamkonferenz“ mit dem Motto „Aufklären statt Verschleiern“, initiiert vom Zentralrat der Ex-Muslime, der Giordano-Bruno-Stiftung und vier weiteren säkularen Verbänden. Besonders die hervorragenden und gleichzeitig erschütternden Beiträge von Mina Ahadi, der Gründerin des Zentralrats der Ex-Muslime und des Komitees gegen die Steinigung, von Fatma Bläser über muslimische Sozialisation und von Ralph Giordano zum Thema „Nicht die Migration – der Islam ist das Problem“ trugen zur Aufklärung über die Politreligion bei und verdeutlichten die Gefahren für Demokratie und Menschenrechte. Botschaften von

Politikern und Universitätsleitung fehlten. Das zeigt, in welcher großer Gefahr wir uns durch die Finanz- und Verführungskraft des Islam befinden und wie groß die Unwissenheit in vielen Führungskreisen ist. Einen Hoffnungsschimmer gibt es aber auch durch die wachsende internationale Vernetzung der Ex-Muslime und ihren Mut, öffentlich aufzutreten. Die Abschlussresolution ist veröffentlicht: www.kritische-islamkonferenz.de. Weitere Informationen: www.minaahadi.com

3.) Förderung des Widerstandes durch das BMI notwendig.

Beide Konferenzen spornen zum Widerstand gegen die Islamisierung Deutschlands und Europas an. In diesem Sinne findet in Frankfurt/Main am 14. Juni 2008 die Gründung des Landesverbandes Hessen der Bürgerbewegung Pax Europa statt, die durch Zusammenschluss des BDB (Bund der Bürgerbewegungen für Demokratie und Menschenrechte) und des Vereins Pax Europa am 17. Mai in Würzburg bundesweit gegründet wurde. Die BPE, die mit der Werteordnung des Grundgesetzes übereinstimmt, wäre sicher ein besserer Verhandlungspartner für Sie als der Koordinierungsrat und besonders DITIB. www.buergerbewegung-pax-europa.de

Die Förderung des Widerstandes gegen die Islamisierung durch das BMI zum Erhalt von Demokratie und Menschenrechten ist dringend geboten. Sie haben mein Buch „Das Gesetz Allahs“ bekommen. Ich hoffe, dass Sie es lesen und sich dafür einsetzen, unsere Kinder und Enkelkinder vor der Machtergreifung der Politreligion Islam, ihrer totalitären Ideologie und der Wiederkehr des Patriarchalismus zu bewahren. Bitte tragen Sie nicht weiter zur schleichenden Umwandlung der CDU in eine CMU (Christlich-Muslimische-Union) bei.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Hiltrud Schröter

Sachbücher zum Islam

Hiltrud Schröter:

» Das Gesetz Allahs. Menschenrechte, Geschlecht, Islam und Christentum. Ulrike Helmer Verlag, Königstein 2007, 19,90€

» Arabesken – Studien zum interkulturellen Verstehen im deutsch-marokkanischen Kontext. Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main u. a. (1)1997, (3)2005, 39€. Die Dissertation wurde mit dem Elisabeth-Selbert-Preis des Landes Hessen ausgezeichnet.

» Ahmadiyya-Bewegung des Islam. Verlag Hänssel-Hohenhausen, Deutsche Hochschulschriften 1206, Frankfurt/Main (1)2002, (4)2005, 18€

» Mohammeds deutsche Töchter. Bildungsprozesse, Hindernisse, Hintergründe. Ulrike Helmer Verlag, Königstein / Taunus, (1)2002, (2)2003, 20€

Mina Ahadi mit Sina Vogt:

» Ich habe abgeschworen. Warum ich für die Freiheit und gegen den Islam kämpfe. Heyne, München 2008

**Einbürgerungstest für
Ausländer ab 1. September**



Ab dem 1. September müssen Ausländer, die die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen wollen, einen Einbürgerungstest bestehen. Mindestens 17 von 33 Fragen müssen laut Bundesinnenministerium dabei richtig beantwortet werden.

AFP berichtet:

Den Aspiranten werden aus einem Gesamtkatalog von 310 Fragen zum gesellschaftlichen und politischen System der Bundesrepublik 33 vorgelegt, mindestens 17 davon müssen richtig beantwortet werden. Nach dem sogenannten Multiple-Choice-Verfahren können die Test-Teilnehmer aus mehreren möglichen Antworten auswählen. Der Gesamtfragenkatalog wird veröffentlicht, so dass sich jeder auf den Test vorbereiten kann.

Gefragt wird im Einbürgerungstest etwa nach der Zahl der Bundesländer, dem Alter der Volljährigkeit sowie nach Hauptstadt und Wappen des jeweiligen Bundeslandes. Die Vorlage des Innenministeriums befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung und soll Mitte Juli im Kabinett beraten werden. Abgelegt werden sollen die Tests bei Volkshochschulen oder ähnlichen Institutionen. Kinder und Jugendliche unter 16, Behinderte und altersbedingt Beeinträchtigte sind von dem Test befreit. Die Bundesländer haben ergänzend die Möglichkeit, auf den Test vorbereitende Einbürgerungskurse anzubieten.

» Rainer Grell – Dichtung und Wahrheit: Die Geschichte des „Muslim-Tests“ in Baden-Württemberg



Umfrage für PI-Leser



Eine Studentengruppe der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg führt im Rahmen eines Seminars eine Umfrage durch, die sich speziell an die PI-Leserschaft richtet. Es geht insbesondere darum, wie politik-interessiert die PI-Leser sind und über welche Informationsquellen sie sich täglich informieren.

Die Initiatoren schreiben dazu:

Wir haben uns für den PI-News Blog entschieden, weil dieser uns sehr interessant für die Analyse erschien und das auch aufgrund der hohen Besucherzahl dieser Seite. Wir werden die verschiedenen Aspekte des Bloggens betrachten und allgemeiner etwas dazu sagen, bevor wir genauer auf den PI-News Blog eingehen. Uns sind dabei vor allem auch die verschiedenen Kommunikationsweisen wichtig und wir wollen schauen, ob der Blog eher als Informationsgeber und nicht als Mittel zur Kommunikation dient.

An der Umfrage kann jeder bis zum 16. Juni teilnehmen – die Ergebnisse werden im Juli erwartet. Die Initiatoren versichern, dass alle Daten streng vertraulich behandelt und keine Informationen an Dritte weiter gegeben werden.

» Hier gehts zur Umfrage.



Claudia Roth zum Fahnenpinklerskandal



Es ist soweit. Auf abgeordnetenwatch.de schwingt Claudia Roth im Fahnenpinklerskandal die Moralkeule. Sie, die selbst nach ordentlichem und mit Freispruch endendem Gerichtsverfahren im Fall Mulugata verlangte, die Schuld der Angeklagten als Tatsache zu akzeptieren („Eigenes Urteilsvermögen einsetzen“), warnt im Fall der Fahnenpinkler vor einer „Mentalität der Selbstjustiz und Schnellgerichten“.

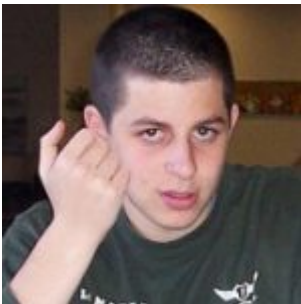
Schließlich ist die Interpretation der Bilder als Fahnenpinkeln weit hergeholt.

Der von Ihnen behauptete „eindeutige Verstoß gegen §90a StGB“ kann nur gerichtlich auf der Grundlage von klaren Beweisen und nicht weit hergeholten Interpretationen geklärt werden.

Deshalb schon jetzt von Schuldigen zu reden, entspringt der Mentalität von Selbstjustiz und Schnellgerichten.

Außerdem sei das Ganze keine Aktion der Grünen Jugend gewesen, sondern von Einzelpersonen (Anm. die vermutlich zufällig vorbeischaute, kurz pinkelte und dann wieder verschwand. Gesunder Menschenverstand diesmal unerwünscht). Bedauern über den Vorfall zeigte Claudia Roth, die den politischen Gegner gerne für Taten von Einzelpersonen verantwortlich macht, nicht. Die Grüne Jugend habe sich schließlich distanziert. Das muss reichen.

(Spürnase: Christian W.)



Gilad Shalit lebt (noch)



Die Eltern des vor fast zwei Jahren entführten Soldaten Gilad Shalit (Foto) erhielten ein neues Lebenszeichen von ihrem Sohn – ein Brief, in dem er um sein Leben bittet. Vor ziemlich genau einem Jahr war bereits eine

Tonbandaufnahme von Shalit aufgetaucht (PI berichtete). Scheinbar wurde der Brief erst kürzlich geschrieben, und die Eltern bestätigen, dass dies die Handschrift ihres Sohnes sei. Dennoch hat die Familie wenig Hoffnung auf ein Wiedersehen.

Jewish News Service berichtet, Vater Noam Shalit habe gesagt,

dass Gilad in dem Brief um sein Leben fleht und darum, dass seine Befreiung so schnell es geht stattfinden. Noam Shalit wollte aber keine weiteren Details bekannt geben. Khaled Mashaal, der politische Führer der Hamas in Damaskus, versprach dem früheren US-Präsidenten Jimmy Carter im April, dass der Soldat seiner Familie einen Brief schreiben dürfe. Das Schreiben wurde durch das Carter-Center übergeben.

In Jerusalem hält man den Brief für eine Geste des guten Willens seitens der Hamas, einen Waffenstillstand mit Israel in Gaza zu erlangen.

Dennoch ist Familie Shalit pessimistisch. Das neue Lebenszeichen ist noch lange kein Beweis dafür, dass Gilad jemals freikommt.



Beschwerde gegen *Weltwoche*

abgewiesen



Der Schweizer Presserat hat entschieden, dass in Medien auch „politisch unkorrekte“ Stimmen zu Wort kommen dürfen. Eine Beschwerde gegen die *Weltwoche* wegen eines Interviews mit Gregory Cochran (Foto) über die Intelligenz von Juden ist abgewiesen worden. Wie der *Standard* berichtet, wandte sich das Schweizer Presseaufsichtsorgan gegen eine überkorrekte Gesetzesauslegung.

Begründet wurde der am Dienstag veröffentlichte Entscheid mit der Feststellung, Medien dürften auch „politisch unkorrekte“ Stimmen zu Wort kommen lassen. Zu beurteilen hatte der Presserat ein Interview mit dem Anthropologen Gregory Cochran über die Intelligenz ost- und mitteleuropäischer Juden. Cochran hatte gesagt, Juden hätten einen höheren Intelligenzquotienten, aber kein besonders ausgeprägtes räumliches Vorstellungsvermögen, außerdem litten sie an eigenen Erbkrankheiten.

In der *Weltwoche* hatte Cochran wörtlich gesagt:

Ein durchschnittlicher Jude erreicht bei einem standardisierten IQ-Test etwa 112 Punkte, ein Europäer 100, ein Amerikaner afroamerikanischer Abstammung liegt klar darunter.

Juden sind sehr gut im Kreuzworträtsel-Lösen, haben aber kein besonders ausgeprägtes räumliches Vorstellungsvermögen, oder kennen Sie berühmte jüdische Architekten? Hingegen sind 40

Prozent aller amerikanischen Nobelpreisträger in Wissenschaft und Wirtschaft Juden.

Die Aschkenasim haben sich an eine Nische adaptiert, die hohe Intelligenz erfordert.

Seine gesamte Studie über jüdische Intelligenz steht hier zum Download bereit.

Der Presserat hat befunden, das Interview setze Menschen jüdischen Glaubens nicht herab, so der Standard weiter, denn

das Diskriminierungsverbot sei nicht im Sinne einer „political correctness“ zu interpretieren Bei dem Anstoß erregenden Interview sei die Leserschaft in der Lage, die Person des Interviewten und dessen Aussagen einzuordnen.

Wir danken dem Presserat, welcher mit dieser Aussage der Leserschaft auch noch ein gewisses Maß an Intelligenz zumutet.

„Jugendliche lachen sich schlapp über die Polizei“



Der migrationspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg, Bülent Ciftlik (Foto),

spricht heute in einem Interview mit Sp0n überraschend Klartext zur misslungenen Integration: „Es gibt so viele schwer durchdringbare Bereiche: sogenannte Importbräute aus den Heimatländern, Familienfehden, sexueller Missbrauch – da haben die Beamten nicht jahrelang Zeit, sich einzuarbeiten. Ihnen fehlt es aber leider oft an Mut, sie sind oft übervorsichtig. Ich kenne Jugendliche, die sich schlapp darüber lachen, wie die Behörden – allen voran die Polizei – in Deutschland vorgehen.“ Mehr...

» PI: Jugendamt: “Gefährdung fürs Leben gabs nicht”

» Sp0n: Fatale Sehnsucht nach Familienhölle

Die Schande für den Islam sind die Moderaten



THE IGNORED PUZZLE PIECES OF KNOWLEDGE

Eine unbequeme, nicht gern gehörte Tatsache ist, dass die Glaubensführer des Islam nicht die Terroristen als eine Schande empfinden, sondern die „Moderaten“. Nicht die Terroristen verletzen das „Image des Islam“, wie es so oft heißt – im Gegenteil: die „Moderaten“ sind zu wenig gewissenhaft in der Umsetzung des Dschihad.

Die muslimische Website *The Ignored Puzzle Pieces of Knowledge* erklärt, warum es oberste Pflicht eines Moslems ist, die Scharia auf der ganzen Welt einzuführen: Wer dieses Ziel nicht konsequent verfolgt und die Ungläubigen nicht zum Islam bringt, kümmert sich mehr um sein Ansehen im Diesseits als um seinem Platz im Jenseits und ist daher kein guter Moslem.

Die Pflicht eines guten Muslims bleibt bis zum Jüngsten Gericht, die Ungläubigen zu Allah zu bringen. Die Moderaten hingegen benehmen sich wie Ungläubige und sind daher eine Schande für den Islam.

(Spürnase: Ulrich B.)

Rais verlangt Medienkorrektur beim Thema Islam



Vom Außenminister Malaysias, Datuk Seri Dr. Rais Yatim (Foto), hören wir, dass der Schlüssel zu besseren Beziehungen zwischen der moslemischen und der westlichen Welt in einer Korrektur der von der westlichen Presse unterstellten Verbindung des Islams mit dem Terror der Al-Quaida läge. "Man berichtet lieber über den Terror, über Entführungen, über Krieg – man berichtet nicht über die andere Seite des Islams (...) – das Leben der Moslems."

Davon abgesehen, dass wir dies sehr wohl tun, wenn wir über Ehrenmorde, fehlende Frauenrechte, Hinrichtung von Homosexuellen, Verheiratung von Kindern mit alten Männern usw. usf. berichten, schlagen wir vor, diese Ratschläge lieber denen zu geben, die sich unter lautem "Allahu Akbar"-Geschrei und mit möglichst vielen Opfern in die Luft sprengen oder

anderen den Kopf abhacken. Dies wäre doch besser als den „Ungläubigen“ vorzuschreiben, was sie darüber berichten sollen, oder?

Malaysias Außenminister weiter:

“Jedesmal, wenn die Al-Qaida in Großbritannien aktiv wird, wird dies mit dem Islam gleichgesetzt. Dies ist falsch und muss anders werden.”

Und noch einmal. Dies sollte denjenigen unter den Moslems klar gemacht werden, die Al-Qaida unterstützen.

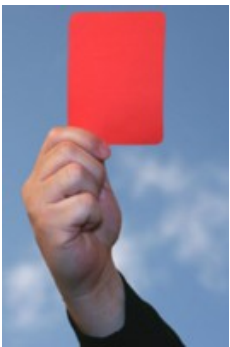
Reizgas-Anschlag auf Martin Hohmann



Der Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann (Foto) ist am Samstag Opfer eines Wasserbomben- und Reizgas-Anschlags in der sächsischen Kreisstadt Bautzen geworden, wo er sich im Kommunalwahlkampf für Henry Nitzsche einsetzte. Erst eine Woche vorher hatten etwa 60 Linksextremisten vor dem privaten Wohnhaus von Nitzsche demonstriert, woraufhin ein massives Polizeiaufgebot aufgegeben werden musste. Mehr...

Migrantenschulen? danke!

Nein,



Im links-alternativ-grünen Bezirk Berlin-Mitte, der aus den fusionierten Migrantenhochburgen Wedding und Tiergarten, sowie dem ehemaligen Ost-Bezirk Mitte, der überwiegend deutsch besiedelt ist, entstand, hat eine Politikerin einmal mehr unter Beweis gestellt, dass von einer Wahrnehmung der Interessen des Volkes, keine Rede sein kann.

Bildungsstadträtin Dagmar Hänisch (SPD) wollte durch Neuordnung der Einzugsgebiete Kinder aus Mitte zum Wohle der Zuwanderer in Migrantenschulen nach Wedding schicken. Doch die Zwangsbeglückung scheitert am Widerstand der Eltern. Die schicken ihre Kinder lieber auf teure Privatschulen.

Die Bernauer Straße ist eine harte Grenze. Wo früher die Mauer stand, stoßen heute zwei Stadtteile aufeinander, deren Bevölkerungsstruktur nicht unterschiedlicher sein könnte: Im Wedding dominieren Arbeitslosigkeit und Migrantenprobleme, Alt-Mitte ist sozial ausgewogen und hat überwiegend deutsche Bevölkerung. Beides wollte Bildungsstadträtin Dagmar Hänisch (SPD) gern mischen. Zumindest in den Grundschulen. Inzwischen ist klar: Der Versuch ist kläglich gescheitert.

Alles sah schön einfach aus auf dem Papier: Die Kinder von ein paar Wohnblöcken aus Alt-Mitte wurden drei Weddinger

Grundschulen zugeschlagen. Der Bezirk hoffte, damit zwei Probleme gleichzeitig anzugehen: die übervolle Grundschule am Arkonaplatz in Alt-Mitte entlasten und den Weddinger Schulen mit ein paar Dutzend deutschen Sprachvorbildern helfen. Jedoch: Die Kinder kamen nie in Wedding an, weil sich die Eltern aus Mitte in Privatschulen flüchteten. Jetzt will Stadträtin Hänisch die Einzugsbereiche der Schulen neu ordnen: Alle Kinder in der Region sollen auf drei Grundschulen in Wedding und drei in Alt-Mitte verteilt werden. Auch damit bleibt die Hoffnung verbunden, die ethnisch-soziale Zusammensetzung zu verändern.

Hänisch steht mit diesem Weg allein da. Die anderen Bezirke glauben nicht daran, dass man die soziale und ethnische Entmischung der Schulen dadurch in den Griff bekommen kann, dass man die Einzugsbereiche der einzelnen Schulen aufhebt und mehrere Schulen zu sogenannten Sprengeln zusammenfasst. „Es macht keinen Sinn, am grünen Tisch Einzugsbereiche zu planen“, meint Neuköllns Bildungsstadtrat Wolfgang Schimmang (SPD) und nennt den Vorgang „Zwangsbeglückung“.

Im ähnlich zusammengewürfelten Friedrichshain-Kreuzberg richtete sich die Grüne Bildungsstadträtin immerhin nach den Wünschen der Eltern. Und die waren alle gegen die Zwangsvermischung – auch die Migranten.

(Spürnase: D. S.)

Gesine Schwan bei

Ostdeutschen unbeliebt



Das hatte sich Kurt Beck sicherlich ganz anders vorgestellt, als er vor kurzem Gesine Schwan als SPD-Kandidatin für die Wahl des Bundespräsidenten aus dem Hut zauberte. Die aus dem Westen stammende Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) wird von einer Mehrheit der Ostdeutschen klar abgelehnt.

Laut einer am Dienstag veröffentlichten repräsentativen Umfrage der Zeitschrift «Super Illu» würde Schwan bei einer Direktwahl des Staatsoberhauptes in den neuen Ländern nur 21 Prozent der Stimmen bekommen. Den amtierenden Bundespräsidenten Horst Köhler würden dagegen 62 Prozent wählen. Elf Prozent halten weder Schwan noch Köhler für geeignet, sechs Prozent machten keine Angaben.

Alles, was Beck derzeit anpackt, geht in die Hose...